

## Der Mindestlohn – Fluch oder Segen?

### Jobkiller, Konjunkturbremse, wirtschafts-, verbraucher- und arbeiterschädlicher Fehlgriff oder soziales Friedensinstrument?

Keine Woche, in der die Politik nicht irgendeines ihrer sozialen ‚Reformvorhaben‘ vorantreibt, irgendeine ihrer Kassen und Einrichtungen zur Betreuung von Arbeitslosen, Rentnern und Kranken unter dem Gesichtspunkt der ‚Kostenentlastung‘ umgestaltet, sich an der weiteren Senkung der ‚Lohnnebenkosten‘ zu schaffen macht – und Erfolge bei der Korrektur der ‚ausufernden Soziallasten‘, Fortschritte bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors und bei der Senkung der Arbeitslosenzahlen durch verstärkte ‚Anreize‘ und flexiblere Handhaben zur Senkung von Lohnansprüchen vermeldet. Kein Tag auch, an dem nicht öffentlich über den Fortgang des nationalen ‚Reformprogramms‘, die erledigten und noch zu erledigenden Posten kritisch berichtet und über die konsequente Fortsetzung diskutiert würde. Inzwischen ist bei dieser Daueragenda die Frage, ob, und wenn ja, wo und wie die Politik im Verein mit den Sozialpartnern gewisse Grenzen in Sachen Niedriglohn einziehen sollte, zum politischen Streitgegenstand und öffentlichen Dauerthema gediehen. Der Arbeitsminister macht sich generell für die Notwendigkeit von Mindestlöhnen stark. Schon wegen der vielen Hartz-IV-Aufstocker. Die Unternehmer sind unter kundiger Anleitung ihres regierenden Ausschusses in Berlin nämlich so erfolgreich beim Senken des Preises der Arbeit, dass ein Großteil der Älteren und Geringqualifizierten, die sie jetzt wieder brauchen wollen – was Wunder, bei dem Preis! –, trotz Vollzeitbeschäftigung zusätzliche Stütze braucht und kriegt. Insbesondere macht sich Müntefering im Verein mit seiner Partei für eine Mindestlohnregelung bei der Post als Ausgleich für die Abschaffung des Postmonopols stark. Genauso wie der Chef der Deutschen Post, der ab 2008 Konkurrenz ins Haus steht, findet er es nicht in Ordnung, dass der Post „mächtige Unternehmen Umsatz und Arbeitsplätze wegnehmen“ und sich das vom Steuerzahler mitfinanzieren lassen. Hier geht es also um Gewichtigeres als bloß die ‚soziale‘ Frage, wie es um das Auskommen der Niedriglohnbezieher bestellt ist und ob der Staat da Handlungsbedarf sieht: um standortpolitische Entscheidungen bezüglich der Konkurrenz eines deutschen Großunternehmens und seiner Kontrahenten nämlich. Aus solchen Erwägungen heraus drängt der Vizekanzler auf Aufnahme der Briefdienste ins Entsendegesetz: Allen Beschäftigten der Branche soll laut Gesetz ab 2008 mindestens der Tariflohn von nicht ganz 10 Euro West und etwas darunter im Osten gezahlt werden, den Deutsche Post und Verdi ausgehandelt haben. Damit entfacht er nicht nur einen heftigen Streit mit dem Koalitionspartnern, sondern eine nicht minder heftige öffentliche Debatte.

Die *Bild-Zeitung* ist entschieden dagegen und startet eine *Kampagne gegen den Mindestlohn*. Nicht bloß deswegen – wie einige Journalisten von der seriösen Konkurrenz argwöhnen –, weil ihr Eigentümer, der Springer-Konzern, ein paar hundert Millionen Euro in den Aufbau von PIN-Mail, einem zukünftigen Post-Konkurrenten, gesteckt hat, der seinen Briefträgern mit der hübschen grünen Jacke eher so um die sieben Euro zahlt. Nein, *Bild* macht Journalismus für ihre Leserschaft und fragt: „*Mindestlohn – Ist das wirklich gut für die Beschäftigten?*“ (19.9.07) Die klare Antwort: „*Nein, sagen die Experten!*“ – und zwar unisono ungefähr so:

„*Die Erfahrung zeigt, dass Mindestlöhne Jobs kosten, vor allem bei den Geringqualifizierten. Ein Mitarbeiter darf ein Unternehmen nicht mehr kosten, als er der Firma einbringt. Genau diese Gefahr besteht bei Mindestlöhnen. Da können die Arbeitskosten vor allem bei Geringqualifizierten so stark steigen, dass sich die Anstellung für den Betrieb nicht mehr rechnet.*“ (Prof. W. Franz, Wirtschaftsweiser, in *Bild* vom 18.9.) Oder so: „*Gesetzliche Mindestlöhne sind immer Gift für den Arbeitsmarkt und setzen gerade Geringverdiener verstärkt dem Risiko der Arbeitslosigkeit aus. Nach*

*unseren Berechnungen vernichtet ein bundesweiter Mindestlohn von 7,50 Euro insgesamt 1,1 Millionen Arbeitsplätze.*“ (Prof. Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut München, in *Bild*, 8.10.)

So richtig *neu* dürften diese Mitteilungen auch den „*Geringqualifizierten*“ unter den Bild-Lesern nicht sein. Schließlich „*zeigt ihnen die Erfahrung*“ in ihrem Alltag recht drastisch, was es heißt, dass man „*nicht mehr kosten darf, als man der Firma einbringt*“. Schließlich bestreiten die Unternehmen ihre Konkurrenz mit der ständigen Senkung der Lohnkosten und kalkulieren mit entsprechend gestiegenen Gewinnmargen, unterhalb derer sich für sie ihr Betrieb nicht mehr lohnt, sich Lohnkosten also ‚natürlich‘ nicht mehr ‚rechnen‘. Daher kann man seinen Arbeitsplatz als „*Geringverdiener*“ ziemlich schnell vergessen, wenn man der Gegenseite mit irgendwelchen Forderungen kommt. Und „*natürlich*“ muss man nach dem Motto ‚Nehme jede Arbeit an!‘ Abstriche vom Lohn machen, wenn man einem Arbeitgeber nicht mehr zu bieten hat als seine pure Arbeitswilligkeit, weil man auf jeden Job angewiesen ist. Diese totale *Ohnmacht* und *Abhängigkeit* von den Unternehmern kennen Bild-lesende Arbeiter sehr gut, ob sie je mit dem Niedriglohnsektor zu tun hatten oder nicht: Das gehört zur allgemeinen „*Erfahrung*“ von Millionen abhängig „*Beschäftigten*“ heutzutage, schon gleich wenn sie sich auf dem Niedriglohn-Arbeitsmarkt herumtreiben.

Dies alles *kennen* Bild-Leser also. Aber die ‚einfachen Leute von der Straße‘ bekommen diese ihre praktische Stellung und Rolle auf dem Arbeitsmarkt aus dem Mund von Experten, quasi von höherer, neutraler Stelle, nochmals *bestätigt*: Nicht bloß ihr interessierter Gegner auf dem Arbeitsmarkt, sondern Professoren, die ‚es ja wissen müssen‘, ja sogar Nobelpreisträger aus dem Ausland, die ganz uninteressiert auf Deutschlands Verhältnisse schauen („*Mindestlohn hilft euch Deutschen nicht.*“, so der amerikanische Nobelpreisträger von 2006, Edmund Phelps, 12.10.), usw. – also *fraglos anerkannte Autoritäten* teilen ihnen öffentlich mit, dass all dies nicht bloß ihre, der Betroffenen „*Erfahrung*“ ist, sondern Ausdruck vielleicht unübersamer, aber eben schlichtweg *gültiger, unverrückbarer* Verhältnisse in Deutschland: „*Tatsache ist, dass die Arbeitsproduktivität über den Lohn entscheidet. Dort, wo sie z. B. 9,80 Euro pro Stunde nicht hergibt – und das ist bei vielen Post- und Zustelldiensten der Fall – wird ein Mindestlohn von 9,80 Euro Arbeit vernichten.*“ (Florian Gerster, Arbeitgeberpräsident der neuen Briefdienste, 8.10.) Die Sachverständigen für Wirtschaft argumentieren also *mit* den kapitalistischen Gegebenheiten und buchstabieren den Lesern ihre *Not* mit der Arbeit als *Notwendigkeit des Systems* vor. Sie beweisen ihnen, dass sie mit ihrer Lebensweisheit – ‚Ein beschissen bezahlter Arbeitsplatz ist immer noch besser als gar keiner!‘ – *goldrichtig* liegen, weil sie als ohnmächtige und abhängige „*Geringverdiener*“ dazu sowieso nie mehr eine Alternative haben.

Als *Einwand* gegen die apostrophierten Verhältnisse missversteht das niemand: Die größte real existierende Arbeiterzeitung Deutschlands betreibt auf diese Art *journalistischen Populismus* – sie gibt ihrem Publikum als bravem, dienstbereitem Arbeitsvolk vollumfänglich recht und macht Stimmung in der Nation für sie und ihr Interesse an Beschäftigung zu jedem Preis und gegen ein „*Mindest*“ beim Lohn, weil das „*Gift*“ und „*nicht wirklich gut für die Beschäftigten*“ ist.

\*

Auch die Bevölkerungskreise, die eher nicht zu den Betroffenen von Niedriglöhnen zählen, dürfen sich ihre Meinung über einen Mindestlohn bilden. Selbstverständlich spricht die *seriöse* Presse die betroffenen „*Geringverdiener*“ nicht an, sondern *über sie*: Sie bietet dem gehobenen Publikum von einer etwas anderen Warte aus Gesichtspunkte, über das Für und

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

### Vortrag mit Diskussion

## Demokratie –

### kein Menschheitsideal, sondern die Herrschaftsform, die zum Kapitalismus gehört

1.

Die Demokratie gibt Rätsel auf. Bei Alt und Jung, bei Rechten und bei Linken steht sie in allerbestem Ruf. Man schätzt sich glücklich, in einem demokratischen Staat leben zu dürfen. Diktatur wäre unerträglich. Wo Demokratie fehlt, ist Revolution legitim; Völker in undemokratischen Umständen müssen befreit werden – auch von außen durch westliche Truppen. Demokratie ist ein so hohes Gut, dass sie auch Krieg rechtfertigt.

Im Prinzip jedenfalls. Die Wertschätzung für die feine Staatsform gilt nämlich mehr dem Prinzip als seiner Wirklichkeit: Über reale Wahlen hat der Zeitgenosse eine schlechte Meinung: Er kann „die Parteien kaum unterscheiden“ und „nichts bestimmen“, weil die Gewählten einmal im Amt „sowieso machen, was sie wollen“. Wahlkämpfe verabscheut er, in denen Kandidaten sich in tausend Kleinstädten mal schnell sehen lassen, von Plakatwänden lächeln, Hände schütteln und Kleinkinder küssen; die ganz Alten erinnern sich, dass Kaiser und Hitler, nicht gerade Demokraten, das auch schon konnten. Über seine Abgeordneten, die enorme Diäten kassieren und Bundestagsdebatten schwänzen, die mit der Wirtschaft kungeln und sich nebenher Geldquellen erschließen, denkt der Bürger ebenso schlecht wie über den demokratischen Dialog, den die Medien organisieren: In Talkshows, heißt es, gibt es keine echte Diskussion, da „lassen Politiker nur ihre Phrasen ab“ und üben sich in Selbstdarstellung.

Dennoch, die Wirklichkeit der Demokratie und die schlechte Meinung darüber können ihrem im Prinzip guten Ruf nichts anhaben. Was aber ist ein gutes Prinzip wert, wenn seine Verwirklichung immer enttäuschend ausfällt? Und worin besteht überhaupt das geschätzte Prinzip?

2.

Das griechische Wort Demokratie bedeutet „Herrschaft des Volkes“. Es fragt sich nur, ob da ein genitivus subjectivus oder ein genitivus objectivus vorliegt – oder beides zugleich. Sagen wir, es sei das Volk, das herrscht. Aber über wen? Herrschaft ist ein Verhältnis der Dominierung und des Zwangs, das ein Subjekt und ein Objekt braucht. Bei König und Diktator, bei Oligarchen und Aristokraten ist alles klar: Sie herrschen über das Volk, und das Volk muss gehorchen und ihnen dienen. Aber wenn das Volk herrscht, wer muss dann dienen? Etwa schon wieder das Volk? Und wem dient es? Etwa sich selbst? Verlieren die Worte „Herrschaft“, aber auch „Gehorsam“ und „Dienst“ nicht jeden Sinn, wenn Subjekt und Objekt der Herrschaft identisch sind?

Kürzt sich Herrschaft unter den Bedingungen der Volksherrschaft heraus? Oder verhält es sich in der wirklichen Demokratie mit Subjekt und Objekt der Herrschaft doch komplizierter als das griechische Wort uns sagen will?

3.

Demokraten stören sich nicht an solchen Ungereimtheiten. Sie freuen sich darüber, dass das Volk herrscht, sind aber auch ganz sicher, dass das Volk eine Herrschaft braucht; die auf es aufpasst und es unter Kontrolle hält. Sie halten sich selbst zugleich für Subjekt und Objekt der Obrigkeit und finden es weder seltsam noch kritikwürdig, dass vernünftige Wesen wie sie erst gezwungen werden müssen, ihre Interessen friedlich zu verfolgen. Ihre Interessen? Was für Interessen betätigen sie überhaupt, wenn sie den Gesetzen gehorchen, die im Namen des Volkes erlassen werden? Auch das war bei König und Adel einfacher: Da war Herrschaft nötig, um das Volk zum Dienst an Luxus und Macht der Herrschenden zu zwingen. Das Interesse und sein Mittel lagen klar auf der Hand. Und heute?

Es gibt einiges zu klären über die demokratische Form der politischen Herrschaft; selbstverständlich auch, was sie mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu tun hat.

**Donnerstag, 24. Januar 2008, 20.00 Uhr**  
**K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Königstraße 93, Nürnberg**  
**[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) / [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)**

Wider einer staatlich verfügten Lohnuntergrenze zu rasonieren.

Detlef Esslinger von der *Süddeutschen Zeitung* ist dafür. In seinem Leitartikel vom 21.9. plädiert er für einen „*Lohn zum Leben*“, den der Staat tatsächlich mal den Unternehmern *diktieren* sollte, weil die bisherigen Gepflogenheiten unter der Tarifautonomie in Deutschland nicht mehr so recht funktionieren würden:

„*Eine Errungenschaft verliert an Bedeutung, die in der Bundesrepublik bisher als Erfolgsmodell galt. Wer sein Leben in diesem Staat, in dieser Gesellschaft verbracht hat, wer die soziale Marktwirtschaft als einen ziemlich gelungenen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit erlebt hat, der kann sich vielleicht gar nichts anderes vorstellen, als dass Löhne jeweils das Resultat freier Verhandlungen zwischen Repräsentanten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sind. So erbittert mitunter um deren Höhe gestritten wird – zum Grundkonsens beider Seiten gehörte es, dass sich vor allem der Staat hier herauszuhalten hat. Tarifautonomie nennt man dieses Prinzip, es gehört eigentlich zum Inventar dieses Landes.*“

Aber einige Unternehmer in diversen Branchen wollten sich eben an dieses schöne „*Prinzip*“ heute nicht mehr halten, und so sei vielen Beschäftigten diese „*Errungenschaft*“ abhanden gekommen.

Auf diese Perspektive muss man auch erst

einmal kommen! Der Kommentator blickt auf die katastrophalen Lohnverhältnisse von Millionen Beschäftigten bei Bau, Gebäudereinigung und jetzt auch Briefträgern und vermisst – die „*Errungenschaft*“ Tarifautonomie! Als würden die zahllosen Niedriglöhner nichts dringender brauchen als ein formvollendetes *Tarifritual* zwischen Unternehmern und konsenssüchtigen Gewerkschaften, die sich jeden Kampf um den Lohn ihrer Mitglieder sparen wollen, damit sie als mitgestaltende Kraft ihr Arbeitervertretungsmonopol behalten können! Ein Ritual, bei dem es angeblich „*so partnerschaftlich zugeht, wie in der Metall-, Chemie-, Banken- oder Medienbranche ... Dort finden Verhandlungen statt, die diesen Namen verdienen. Das Ergebnis sind Löhne, die den Unternehmen qualifiziertes Personal und den Beschäftigten ein Auskommen sichern.*“ Was für ein Auskommen die Löhne bei VW oder Telekom nach den massiven Arbeitszeitverlängerungen und Gehaltsabsenkungen noch „*sichern*“, möchte man besser nicht wissen. Dem SZ-Autor wird auch bekannt sein, dass sich so mancher „*partnerschaftlich*“ ausgehandelte Tariflohn sehr den Löhnen in den „*Lohnrücker-Branchen*“ angenähert hat. Das scheint für ihn aber alles nicht so schlimm zu sein. Der *wirklich große Missstand* findet sich erst dort, wo, wie bei

**Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben**

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

# Wie intelligent ist die Intelligenztheorie? Was misst ein Intelligenztest?

Entgegen der psychologischen Auffassung ist dies keine „Definitionsfrage“, auf die keine objektive Antwort möglich wäre. Ob ein Gedanke intelligent ist oder nicht, entscheidet sich nämlich nur an einer „Norm“: ob er richtig ist oder falsch. Welche Geistesleistungen und „Verhaltensweisen“ in unserem „Kulturkreis“ erforderlich sind und/oder als intelligent gelten, ist dagegen zunächst eine Klassenfrage. Im Unterschied zur so genannten Intelligenz ist der Arbeiter darauf angewiesen, seine Geistes- und Körperkräfte für die Leistungsanforderungen seines Arbeitsplatzes zu verbrauchen, soweit und solange das Kapital ihn gebrauchen will. Die lebenslange einseitige Anspannung in der Arbeit und der Zwang, seine Freizeit zur Reproduktion seiner Arbeitskraft zu verwenden (für nicht mehr und nicht weniger ist seine Schulbildung ausgerichtet), sorgen für die Verblödung der gewöhnlichen Masse, für welche die Kopfarbeiter sorgenvolle Verachtung aufbringen; ist es doch ihr Job, ihre gesetzlich geschützte Geistesfreiheit als Lehrer, Juristen, Psychologen usw. für den Staat einzusetzen – Parteilichkeit für die Macht ist das Kriterium ihrer Intelligenz.

Die Theorie der Intelligenz dagegen gehört zur Differentiellen Psychologie und stellt sich das Problem völlig anders. Es handelt sich ihrer Vorstellung nach um das Talent, das einem jeden mitgegeben ist, um hienieden damit zu wuchern.

„Was Intelligenz ... auch sein mag, immer trägt deren Ausmaß, das einem Individuum zugeschrieben wird, mit dazu bei, dessen Platz in der hierarchischen Struktur seiner Gruppe zu bedingen.“ (Roth: Intelligenz – Grundlagen und neuere Forschung. Stuttgart 1998, S. 12)

„Ohne Zweifel handelt es sich bei Intelligenz um ein besonders wichtiges Merkmal: Zahlreiche Beobachtungen belegen, dass ein Zusammenhang zwischen der individuellen Ausprägung in dieser Variablen und verschiedenen Kriterien für das Fortkommen in Gesellschaften westlicher Lebensart besteht. Den Anforderungen von Ausbildung und beruflicher Tätigkeit entsprechen hier in der Regel jene Personen eher, die aufgrund welcher Faktoren auch immer als 'intelligent' bezeichnet werden können; umgekehrt mindert eine geringe Intelligenz die Aussicht auf schulische Unterrichtung, einen Arbeitsplatz, Geschlechtspartner usw., bedeutet Dummheit oder geistige Behinderung im Extremfall lebenslange Abhängigkeit von hilfegebenden Personen oder Institutionen.“ (Ame-lang/Bartussek: Differentielle Psychologie und Persönlichkeitsforschung. Stuttgart 2005, S. 190)

Die Absurdität, von der Intelligenz und ihrem bestimmten Verhältnis zum Erfolg völlig zu abstrahieren, um sie als allemal wichtige bis entscheidende Voraussetzung für die gesellschaftliche Stellung einzuordnen – die Zitate wären ebenso überzeugend, wenn statt „Intelligenz“ „Einkommen“ oder „körperliche Leistungsfähigkeit“ eingesetzt würde –, führt schnurstracks zur psychologischen Pointe, dass jeder über ein „individuelles Ausmaß“ dieser Voraussetzung verfügt, so dass ihm ein ebenso individuelles Ausmaß von Erfolg möglich ist. Genauso gleichgültig wie alle nähere Auskunft über „Intelligenz“ ist dem Psychologen also, wie und wodurch jemand in welcher Gesellschaft sein „Fortkommen“ findet; es genügt vollkommen, dass man jedenfalls immer mehr oder weniger fortkommen kann. Intelligenz ist als Erfolgstitel bestimmt, Erfolg als Ausdruck der Intelligenz. Die scheinbare Plausibilität dieses Dogmas liegt im Hinweis, dass ohne Intelligenz zweifellos nichts geht. Ganz kulturunabhängig bedeutet Schwachsinn Unfähigkeit zu irgendeiner gesellschaftlichen Existenz – denken muss man schon können, wenn man in den Genuss von Ausbildung, Einkommen usw. kommen will. Nur beweist dies weder, dass Klugheit über die „Lebenschancen“ entscheidet, noch berechtigt die Tautologie, dass unleugbar seine Denkfähigkeit betätigt, wer denkt und handelt, zu dem Fehler, dies für eine Erklärung von Denken und Handeln zu halten. Aus dem Prädikat: dies und jenes ist intelligent = ein Zeichen von Intelligenz, fabriziert die Psychologie einen scheinbaren Grund für die betreffende Leistung. Ein Gedanke existiert in ihrer Betrachtung gleich zweifach, wenn sie ihn als

intelligent klassifiziert hat: erstens als solcher, und zweitens als seine eigene Voraussetzung namens Intelligenz. Wonach man nur noch Voraussetzung und Grund verwechseln muss, um das ganze Beziehungsgeflecht des Gedankens zu seiner eigenen Qualität „Intelligenz“ so zusammenzufassen: Es liegt die „beobachtbare Äußerung“ einer „inneren Potenz“ namens „Intelligenz“ vor. Erklärt ist mit diesem Pseudoschluss ebenso wenig, als erklärt ist, wenn aus einem Sprung auf eine „Springfähigkeit“ „geschlossen“ würde, so dass man ab sofort auf die Frage, warum einer über den Zaun springt, antworten könnte, die Springfähigkeit verschaffe sich so ihren Ausdruck. Weiter: Nicht nur überhaupt eine verborgene Potenz zaubert der Intelligenztheoretiker aus der Tatsache, dass das Denken so üblich ist, sondern auch ein individuell begrenztes Potential, das die Gelegenheit zum Lebensglück bestimmt. Wo immer der Psychologe eine bestimmte intelligente Leistung registriert, blamiert er sie als insofern beschränkte Leistung. Aus der Möglichkeit zu denken, folgert er, dass dieselbe als individuelle Schranke existiert. Wenn das Intelligenz ist, so ist prinzipiell auch jede Geistesleistung ein Zeugnis für die Beschränktheit dieses ominösen Potentials – man mag tun, was man will, ein Intelligenztheoretiker nimmt es als mögliches Anzeichen, dass man nichts Besseres kann.

### Was ist intelligent?

Dies ist die Grundlage jedes Intelligenztests und damit der Praxisrelevanz, deren sich diese Disziplin gerne rühmt. Der Psychologe stellt Aufgaben, sieht nach, welche der Proband korrekt löst und welche nicht, und „diagnostiziert“ daraufhin, welcher intellektuellen Leistungen der Betreffende überhaupt fähig ist, welcher nicht. Dabei handelt es sich nicht um die Entdeckung besonderer, individueller Fähigkeiten, sondern um die Prüfung, wie weit sich die Testperson an Aufgaben bewährt, die speziell für die Auslese für bestimmte Abteilungen der bürgerlichen Gesellschaft zusammengestellt sind: Es gibt Tests für Kinder jeder Schulstufe, für Akademiker, Arbeiter, Hausfrauen, Irre usw.

Nun wird die Psychologie hier keineswegs realistisch und fragt ganz einfach die für die jeweilige Ausbildung oder Arbeitswelt unterstellten Kenntnisse ab; sie ist nach wie vor an der Messung des Ideals von geistiger Fähigkeit als Erfolgstitel interessiert, und das heißt, dass sie dem Intelligenzpotential getrennt vom stattgehabten Erfolg auf die Spur kommen will. So überzeugt sie also einerseits davon ausgeht, dass ein Mensch so viel Erfolg hat, als er intelligent ist, so sehr misstraut sie etwa Schulnoten als Indizien der Tüchtigkeit, die sie annehmen will, und legt ihren Ehrgeiz in die Entwicklung von Prüfungsaufgaben, die eine Denkfähigkeit unabhängig von tatsächlich verlangten Leistungen darstellen sollen. Von dieser Seite betrachtet, vermeidet der ideale Intelligenztest nach Möglichkeit jeden Anklang an gelerntes Wissen wie Rechenaufgaben und Ausdrucksübungen – da es gelernt ist, gibt es ja keinen Aufschluss darüber, was der Proband können könnte, wenn er es nur könnte – und misst die intellektuelle Eignung für die Welt, indem sie auf jeden gedanklichen Inhalt zu verzichten sucht.

Auf der anderen Seite ist dieser ideale Test (abgesehen davon, dass der „Übungseffekt“ einfach nie auszuschalten ist – ein zwölfjähriges Kind hat schwarze Kreise auf weißem Papier eben schon öfter in Geometrie verglichen, ein gleichaltriger Buschmann aber noch nie, und ob er die Testanweisung überhaupt versteht ... ?) jedoch zu sehr in Gefahr, seine „prognostische Kraft“ einzubüßen. Denn immerhin soll noch die intellektuelle Eignung für irgendeine gesellschaftliche Anforderung beurteilt werden, und wenn der Test sich zu weit von diesen Anforderungen entfernt, wird er unpraktisch, weil sich mit ihm nicht entscheiden lässt, ob ein Kind etwa für hauptschulbildungswürdig befunden werden soll oder seine Schulpflicht auf der Sonderschule abzusetzen hat.

Bei der Wahl des Schwierigkeitsgrades hält sich der Diagnostiker an die Faustregel, dass ihn an der Intelligenz, „was sie auch immer

sei“, in erster Linie der Unterschied interessiert. Welche Aufgaben in einem Test aufgenommen werden, entscheidet sich so schlicht daran, ob sich an ihrer Lösung zwischen Individuen einer bestimmten Bildungsstufe Unterschiede herstellen oder nicht. Aufgaben, die alle Achtjährigen beherrschen, sind zur differentiellen Diagnostik von Achtjährigen selbstverständlich ungeeignet, ebenso wie Aufgaben, die für Achtjährige immer zu schwierig sind.

Das Maß der Intelligenz ist demnach der Vergleich zwischen der individuellen und der durchschnittlichen Leistung der gefragten Leistungsgruppe – der berühmte Intelligenzquotient:

$$IQ = \frac{\text{Intelligenzalter}}{\text{Lebensalter}}$$

(wobei im Zähler der individuelle, im Nenner „der für die betreffende Altersstufe zu erwartende mittlere Score“ steht).

Anwendbar ist der Intelligenztest also durchaus – wenn der psychologischen „Diagnose“ über den Intelligenzgrad z. B. eines Schulkindes entsprochen wird, so sind sich Psychologe und Schulbehörde über den ideologischen Witz der Intelligenztheorie einig, welcher darin besteht, dass unterschiedlich große Schwierigkeiten mit der Beherrschung des Lernstoffs kein Anlass sind, die Unkenntnis der Kinder ohne jeden Respekt vor den Unterschieden ihrer mangelhaften Leistungen zu beseitigen, sondern dass diese Unterschiede für einige von ihnen, die sich am schlechtesten auskennen, den Ausschluss von weiterer Bildung erforderlich machen. Denn der „Annahme“, dass das Intelligenzpotential darüber

### Die Wahl in der Politologie (SHZ 38)

## Leserbrief zur Kritik der Politologie...

Liebe Sozialisten, ich heiße P. und habe dieses Semester begonnen, Politikwissenschaft und Philosophie zu studieren. Ich würde mich selbst politisch als links einordnen, auch wenn ihr wahrscheinlich zu einem anderen Ergebnis kommen werdet:–)

Vor kurzem ist mir zufällig eure Sozialistische Hochschulzeitung für November in die Hände gefallen. Eine Frage: Ihr seid keine Freunde davon, „die Diskussionsgegenstände als bloßen Anlass zum gelehrten Abheben zu nehmen“? Wenn ich mir den Artikel zum Thema „Wahlen in der Politologie“ durchlese, bekomme ich einen anderen Eindruck. Manchmal hilft es, sich lieber nicht ganz so geschwollen, dafür aber verständlich auszudrücken. Aber das ist nur ein Kritikpunkt.

Jedem sein eigener Stil, ich möchte nur die Befürchtung kundtun, dass ihr so niemanden erreichen werdet. Nun aber zum Inhalt. Wenn ich alles richtig verstanden habe, dann habe ich selten so etwas Undurchdachtes und Polemisches zu einem politischen Thema gelesen. So möchte der Autor im ersten Absatz doch sagen, dass man dem Volk quasi vorlügt, es könne wirklich mitbestimmen, dabei ginge es bei der Wahl ja eigentlich nur darum, wer über das Volk herrscht. Und das spricht ja kein Demokrat offen aus. Richtig? Und direkt danach beschwert der Autor sich darüber, dass die Wahl in der Politologie zunächst nur als „Bestellung von Herrschaft“ bezeichnet wird. Aber dann spricht man es ja doch offen aus, oder etwa nicht? Wie dem auch sei, so etwas meine ich mit „undurchdacht“, ihr widersprecht euch selbst.

Nun eine allgemeine Kritik zu eurer „sozialistischen“ Auffassung zu diesem Thema: Ich bezweifle nicht, dass in Deutschland derzeit nicht alles perfekt ist, und ich bin selbst für große Veränderungen, sowohl gesellschaftlich, als auch politisch.

Ihr greift aber allgemein die Idee einer Demokratie an, wenn ich alles richtig verstehe. Und mir scheint, ihr versteht ganz und gar nicht, was man mit Demokratie meint. Zunächst zum Begriff „Herrschaft“. Ihr tut gerade so, als würde kein Politologe sich Gedanken darüber machen, ob so etwas wie Herrschaft wirklich notwendig ist. Darüber kann man auch gerne diskutieren, was ja auch gemacht wird. Doch für gewöhnlich kommt man dann zu dem Ergebnis, dass nicht alle Menschen heilig sind und daher Schwächere geschützt werden müssen und man dafür Gesetze braucht. Und außerdem gibt es ganz allgemeine Dinge, die alle etwas angehen, die organi-

entscheidet, wie weit man im Leben kommt, entspricht das wohlwollende Urteil über die Bildungs- und Berufshierarchie, es handle sich um eine Stufenleiter von Chancen, die der geistigen Leistungsfähigkeit geboten würden, so dass jeder entsprechend seinen Fähigkeiten besser oder schlechter zum Zug kommt. Der bekannte kritische Einwand, dass die Schule dieser eigentlichen Bestimmung nicht genügend nachkomme – schon deswegen, weil die psychologische Intelligenzdiagnostik nur ausnahmsweise hinzugezogen wird und man sich ansonsten mit der Auslese durch Noten begnügt; aber vor allem deshalb, weil es aus den oben genannten Gründen „bis heute“ keinen Intelligenztest gibt, der die wahrhaftige Intelligenz objektiv und zweifelsfrei, gereinigt von verfälschenden Umwelteinflüssen, angeben könnte, so dass einem jeden die Lebenschancen auf den Kopf zugesagt werden könnten, die er von Geburt aus mitbringt:– dieser Einwand ist keine Kritik des Idealismus, die gesellschaftlichen Unterschiede seien im Prinzip der Ausdruck von Unterschieden der individuellen Natur, sondern verlangt seine konsequente Durchführung. Ob man dieses Prinzip bereits für zufriedenstellend verwirklicht hält und wie Eysenck Schwarze vor kultureller Überforderung durch Aufstieg in höhere Berufe schützen will; oder ob man daran im Namen des intelligenten, vielleicht äußerst leistungsfähigen, aber durch „Umwelteinflüsse“ „unterprivilegierten“ Slumkinds Einspruch erhebt, um die „wirkliche“ Durchsetzung der Auslese nach Intelligenz zu fördern: so oder so bleibt es eine demokratische Rassenlehre. ■

siert und durchgeführt werden müssen, z.B. der Bau von Straßen, Krankenhäusern etc. Und weil 80 Millionen Menschen schwer ständig über alles Notwendige diskutieren können und ein Teil der Menschen auch noch andere Dinge zu tun hat, verteilt man diese Aufgaben auf besondere Menschen, meist Abgeordnete. Dafür braucht man Wahlen.

Ihr erkennt ganz richtig, dass alle späteren Entscheidungen nicht mehr „demokratisch“ im eigentlichen Sinne sind. Es entscheiden nicht mehr alle, sondern eine ausgewählte Anzahl von Menschen, also ein aristokratisches Element. Das haben schon die alten Griechen erkannt, keine Neuentdeckung eurerseits, und wer sich wirklich mit Politologie beschäftigt, weiß das.

Dieses aristokratische Element baut man bewusst ein. Dahinter steht die Meinung, dass man zu besten Ergebnissen kommt, wenn eine Gruppe gut informierter Menschen über ein Thema diskutiert und zu Kompromissen kommt, und eben nicht wenn man ein uninformiertes Volk zu jedem Thema abstimmen lässt.

Jetzt meint ihr sicher, viele im Volk sind nicht so uninformiert und wollen sich engagieren, richtig?

Tja, da gibt's bei einer echten Demokratie einen Trick: JEDER Bürger, der das möchte, kann sich politisch engagieren, sei es in Parteien, durch Bürgerbegehren, in Vereinen, durch Leserbriefe, ...

Ihr könnt doch nicht so tun, als bestünden die derzeit „herrschenden“ Parteien nur aus ein paar Adligen, die sich nichts sagen lassen. Haben die Spitzen der Parteien ihre Basis nicht mehr hinter sich, werden sie abgewählt. Und jeder, der aktiv in einer Partei tätig ist, kann das Partei-Programm beeinflussen. Jeder Bürger hat also die Möglichkeit, mehr als nur ein Kreuz alle vier Jahre zu machen. So viele Menschen sagen immer diesen dummen Spruch: „Meine Stimme ändert doch eh nichts...“ Ja genau das ist doch der Sinn der Demokratie: Dass ein Einzelner nicht viel entscheiden kann! Wer damit ein Problem hat, muss seine eigene Diktatur gründen. In einer Demokratie sollen gute Ideen entstehen, weiterentwickelt werden und sich durchsetzen. Hat ein Bürger eine wirklich gute Idee, dann kann er andere Menschen davon überzeugen. Je mehr, desto besser, denn desto mehr Einfluss hat er.

Und kann er niemanden überzeugen, dann sollte er sich auch nicht durchsetzen können. Prinzip verstanden? Und wie sieht euer Ge-

**Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben**

## LESERBRIEF ZUR KRITIK...

Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

genvorschlagn dazu aus? Bin wirklich gespannt, ich lass mich auch gern durch gute Argumente überzeugen. Aber sich einfach einen Teil rauspicken und den dann vollkommen destruktiv zu kritisieren, ist armselig. Stellt doch lieber mal eure konstruktiven Ideen vor, Alternativen zum derzeit Vorherrschenden, oder habt ihr so was gar nicht?

...  
P.S.: Wenn ihr nicht ganz feige seid, druckt ihr diesen Leserbrief mal ab, das macht eine faire Zeitung. Ihr könnt dann auch gerne öffentlich meine Denkfehler bloßstellen. Aber soviel Courage traue ich euch eigentlich nicht zu.

## ... und die Antwort der SHZ-Redaktion:

Wir übergehen die herausfordernden Unfreundlichkeiten deiner Zuschrift und kommen zur Sache. Du machst dir als angehender Politologe „Gedanken darüber, ob so etwas wie Herrschaft wirklich notwendig ist.“ Schon das ist keine objektive und neutrale Frage. Es ist nämlich nicht das Gleiche, ob man die wirklichen Gründe für die existente politische Herrschaft wissen will, oder ob man gute Gründe für sie sucht. Im dem einen Fall betrachtet man die bestimmte Gesellschaft, in der wir leben, und den bestimmten Staat. Man wird an den Aktionen und Gesetzen der politischen Macht schon herausfinden, welche Zwecke sie verfolgt bzw. welche Interessen in der Gesellschaft für ihren Erfolg staatliche Gewalt gegen andere Interessen brauchen und warum der Friede des Zusammenlebens nur unter Zwang Bestand hat. Im anderen Fall ist man dabei, Herrschaft zu rechtfertigen, indem man den Staat – jenseits der wirklichen Gesellschaft, des wirklichen Staates, also auch jenseits der wirklichen Gründe für sein Dasein – aus einer vermeintlichen Menschennatur ableitet: Die existente politische Obrigkeit geht dann in Ordnung, weil sie nicht nur in dieser, sondern in jeder Gesellschaft notwendig wäre, um gewisse anthropologische Defizite „des Menschen im Allgemeinen“ zu unterdrücken. Mit deiner abstrakten Fragestellung bekenntst du dich zur zweiten Weise, über die Notwendigkeit von Herrschaft nachzudenken. Wie verkehrt dieser Versuch ist, verraten die Widersprüche deiner Argumentation.

1. Herrschaft braucht es deiner Meinung nach wegen der Menschen, die, wie du weißt, „nicht alle heilig sind.“ Nur Heilige also, Figuren, die ganz altruistisch immer nur an das Wohl der anderen denken und nicht an ihr eigenes, würden ohne Zwang und Gesetz miteinander auskommen. Weil die Menschen aber Materialisten sind und ihren Nutzen suchen, folgt für dich ganz direkt, dass sie gegeneinander um ihre Interessen kämpfen, so dass der „Schwächere“ unter die Räder kommt. Es versteht sich aber gar nicht von selbst, dass die Interessen des einen sich mit den Interessen der anderen nicht vertragen sollten. Gewiss, die Menschen sind verschieden und ebenso sind es ihre Bedürfnisse; aber ein Unterschied der Interessen impliziert keinen allgemeinen und notwendigen Gegensatz zwischen ihnen. Wenn sich Leute aber nur in einzelnen und zufälligen Fällen in die Quere kommen – wenn etwa der eine niesen muss und der andere sich vor Ansteckung fürchtet, wenn der eine laute Musik liebt, der andere dagegen sein Ruhe, dann gehen sie sich aus dem Weg oder arrangieren sich sonst irgendwie, sofern sie nicht ganz durchgeknallt sind. Jedenfalls ist der Staat nicht erfunden worden, damit der Nachbar die Musik leiser stellt. Dir ist ein allgemeiner und notwendiger Gegensatz der Interessen freilich völlig selbstverständlich. Tatsächlich kannst du für deine Auffassung auf jedermann bekannte Erfahrungen verweisen. Man braucht nur einen Blick in die Welt zu richten, um „den Menschen“ zu sehen, der um seines Vorteils Willen schachert und erpresst, betrügt, raubt und mordet. Wir geben nur zu bedenken, dass das, was man da sieht, keine menschlichen Wölfe im Naturzustand sind, sondern kapitalistische Erwerbsbürger in einem staatlich verordneten Rechtszustand. Die Staatsmacht antwortet nicht auf eine ihr vorausgesetzte Menschenna-

ture, sondern richtet mit dem in der Verfassung verankerten Privateigentum die Interessen und Interessengegensätze ein, die sie dann zu „friedlicher Koexistenz“ im Rahmen der Gesetze zwingt. Nur in der Welt des Eigentums ist es normal, ja notwendig, sich auf Kosten anderer zu bereichern. In der privatwirtschaftlichen Arbeitsteilung produziert jeder für fremdes Bedürfnis – der Bäcker will seine Semmeln nicht selber essen –, aber nicht um es zu befriedigen, sondern um dem Bedürftigen Geld aus der Tasche zu ziehen. Der Verkäufer will einen möglichst hohen Preis kassieren, der Käufer möglichst wenig bezahlen. Die vom Staat geschaffenen und ermächtigten Interessen der Privateigentümer stehen per se im Gegensatz zueinander. Der ihnen verordnete Geschäftsverkehr bleibt gewaltfrei nur, wo das Auge des Gesetzes sie beständig überwacht und allfällige Übergriffe auf Person und Eigentum des Interessengegners ahndet. Dass aber „der Mensch“, weil er kein Heiliger, sondern ein eigeninteressiert Handelnder ist, Herrschaft braucht, ist damit noch lange nicht bewiesen. Dieser Beweis gelingt dir und der Politologie nur mit einem Trick. Zuerst abstrahiert man vom Staat und denkt sich die existenten, durch die Rechtsordnung hergestellten Interessengegensätze als natürliche: Der Mensch ist ein Wolf, der raubt und mordet. Und dann leitet man aus der so gewonnenen Menschennatur das ab, was man im Ausgangspunkt weggelassen hat, den Staat. Ohne ihn würden die Wölfe übereinander herfallen, rauben und morden.

Wo bei Thomas Hobbes, dem Urvater der Staatsrechtfertigung, reißende Bestien voreinander, sind es bei dir die „Schwächeren“, die vor unheiligen Egoisten „geschützt werden müssen“. Merkst du nicht, dass du von einer Welt des Kampfes und der Konkurrenz redest, wenn es Verlierer und Schwache zu schützen gibt? Du wendest dich der Eigenart dieses modernen Kampfes ums Dasein keinen Augenblick zu, sondern freust dich über die Existenz des Staates, den du nun aus dem Schutzbedürfnis der sozial Schwachen hervorgehen lässt. Dass er mit der Einrichtung einer privatwirtschaftlichen Ordnung erst einmal dafür sorgt, dass es „sozial Schwache“ gibt, lässt du unter den Tisch fallen, um ihn als unverzichtbaren Retter der Witwen und Waisen, Arbeitslosen und Rentner hochleben zu lassen. Immerzu blickst du in die kapitalistische Welt, um die schlechte Natur des Menschen und den Segen zu erspähen, den die politische Herrschaft diesem Mängelwesen stiftet. Dabei gehst du auch noch recht selektiv vor. So nette Sachen wie „Schwächere schützen“ fallen dir beim Staat ein. Schützt er nicht auch manch anderes? Die „Starken“, den Profit, das Vermögen der Reichen, das Recht der Bank auf Zwangsvollstreckung? Nun ja, das darf einem eben nicht einfallen, wenn man politische Herrschaft für eine Wohltat halten will.

2. Der Staat ist dir zufolge ferner nötig, um „ganz allgemeine Dinge“ zu organisieren, „z.B. den Bau von Straßen und Krankenhäusern etc.“ Während dir in Punkt 1 zwei aus der bürgerlichen Welt bekannte Phänomene einfallen – die sozial Schwachen und die rücksichtslosen Egoisten – und du damit eigentlich nur beweist, dass Privateigentümer einen Staat brauchen, führst du jetzt zwei echt gute Aufgaben an, um Herrschaft zu begründen. Richtig: Straßen und Krankenhäuser braucht eine moderne Gesellschaft. Dumm nur für deine Beweisabsicht, dass es dafür gerade keine Herrschaft, weder Befehl noch Gehorsam braucht. Die damit Versorgten haben keinen Grund, sich zu widersetzen, und die Macher schädigen niemanden, brauchen daher auch keinen Unterdrückungsapparat, um ihr Vorhaben durchzusetzen. (Gewiss, im Kapitalismus sind selbst nützliche Sachen wie Straßen und Krankenhäuser Rechtsaffären und ohne Steuereintreiber und Entschädigungsklagen nicht zu haben. Privateigentümer sehen ihre Ansprüche eben auch von echten Gemeinschaftsaufgaben beschädigt, oder wittern einfach die Chance, ordentlich Kasse zu machen. Aber das liegt am Privateigentum, nicht an Straße und Klinik.)

3. Als letzten „guten“ Grund für die Trennung zwischen den politischen Repräsentanten, die entscheiden, und dem Volk, über das entschieden wird, bemühtst du die Vorstellung einer

Die Öffentlichkeit versteht allmählich ihren Schäuble besser  
Die Zivilgesellschaft – nicht doch zu zivil für den Antiterrorkrieg?

Schäuble gibt einfach keine Ruhe. Sein vorzügliches Anliegen, die frühzeitige Neutralisierung von Terroristen, benötigt so viel Überwachung und Kontrolle seiner Bürger, so viel Abhören, Filmen, Datensammeln sowie allfälliges Flugzeugabschießen einschließlich der dafür nötigen Gesetzes- und Verfassungsänderungen, dass seine Pläne noch Ende August/Anfang September leicht genervte Kommentare selbst aus dem Kreis seiner Sympathisanten in den nationalen Medien hervorrufen:

„Was treibt Wolfgang Schäuble? ... Er plant die Online-Durchsuchung privater Computer, notfalls auch ohne richterlichen Beschluss. Wie auf dem Fließband verlassen fast jede Woche völlig unausgegorene, überzogene Forderungen das Bundesinnenministerium.“ (Münchner Merkur, zit. nach FAZ, 5.9.07)

Die Kritik richtet sich zum einen gegen Machart und Stil seiner Projekte – zu viel, kein Augenmaß, kein Timing! –, zum anderen drückt sie Zweifel an der Berechtigung des vom Minister an den Tag gelegten Aktionismus aus. Die Frage nach Schäubles politischem Antrieb kann jenseits so interessanter Fragen, ob er zusammen mit seiner Behinderung vielleicht einen Dachschaden erlitten oder nur den persönlichen Ehrgeiz hat, endlich die „sicherheitspolitischen Erfolge der rot-grünen Regierung“ vergessen zu machen, nur rhetorisch sein. Schließlich hat der Minister in „ganzen Interviewkaskaden“ (FAZ, ebd.) deutlich gemacht, worum es ihm geht: Er hat es eben als seine Mission entdeckt zu verhindern, dass die Terroristen der Welt Deutschland in nicht abwehrbarem Zustand antreffen. Deswegen müssen die entsprechenden Gesetzesänderungen her, und zwar schnell – damit man das technisch Mögliche bei der Jagd nach dem Feind auch kann! Dafür muss nicht nur der Staat technisch und rechtlich wehrhafter gemacht werden. Es muss auch und vor allem dem Volk eingehämmert werden, dass und warum das alles nötig ist: Weil die Nation sich in einem Quasi-Kriegszustand mit dem weltweiten Terror befindet; und weil eben deswe-

endlosen Debatte von allzu vielen Teilnehmern. Politische Herrschaft denkst du dir als pragmatische Vermeidung einer alles, vor allem die notwendige Arbeit, verhindernden Zeitverschwendung, die mit direkter Demokratie verbunden wäre. Auch diese schöne Idee ist nicht ganz widerspruchsfrei: Wieso sollten Diskussionen endlos geraten, wenn wirklich ein gemeinsames Anliegen verhandelt wird? Es sind doch schon wieder gegensätzliche Interessen unterstellt, wenn die Beratung über Mittel und Zwecke kein Ende findet. Oder andersherum: Wo ein wirklich gemeinsames Anliegen verhandelt wird, müssen gar nicht alle Betroffenen über alles mitreden; sie können die nähere Ausführung getrost einem kundigen Verwalter überlassen, der diesen Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge zu seiner Sache macht. Der wäre dann freilich kein Fall des „aristokratischen Elements“ in der Demokratie, kein Träger der Macht über andere, sondern nur Funktionsträger in der Arbeitsteilung. Er fällt nicht Entscheidungen darüber, was einem „uninformierten Volk“ zusteht, sondern erledigt eine alle betreffende und alle interessierende Aufgabe.

Zusammengefasst ist dein Brief ein Nest voller Widersprüche.

- Du redest von einer Herrschaft, die von denen, die sie kommandiert, eigentlich gar nichts will, außer – ausgerechnet – den Beherrschten dienen. Einmal denkst du an so etwas wie Aristokraten, die Macht ausüben, um dem dummen Volk zu helfen, dann wiederum an hilflose Organisatoren und Verwalter, die herrschen.

- Dann kennst du einen schlechten Menschen, der seine Wolfsnatur aber eigenartigerweise nicht ausleben, sondern durch eine Herrschaft unterdrückt bekommen möchte. Bei der Charakterisierung dieses herrschaftsbedürftigen Wesens verfährt du zudem wahllos: Einmal ist er von Natur aus rücksichtslos und egoistisch und braucht deswegen die Knute. Ein anderes Mal ist er nicht gemein, sondern nur „uninformiert“. Und dann ist er weder dumm

gen die Lage so ernst ist, dass das Volk nicht durch unlustige Nörgelei und die Öffentlichkeit nicht durch lebensfremde Werte- und Grundrechtsdebatten das Nötige behindern sollte. Die Bürger sollen vielmehr den Gebrauch ihrer Rechte und die Erfüllung ihrer Pflichten nach den Erfordernissen des antiterroristischen Abwehrkampfes unter Leitung ihres Innenministers einteilen – und gefälligt froh sein, dass sie ihn haben, der auf alles aufpasst, so gut es eben geht! Bei diesem hartnäckigen Bemühen, mitten im schönsten inneren Frieden einen antiterroristischen Kriegszustand technisch und rechtlich zu organisieren und im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern, fühlt sich Schäuble, eigenen Auskünften nach, von der öffentlichen Meinung ziemlich unverstanden.

\*

Da kommt dem Minister ein gut organisierter Zufall zu Hilfe: Eine kleine Mannschaft von, wie man hört, islamistischen Bombenbastlern, teils sogar von der Sorte der extragefährlichen inländischen Eigengewächse, wird entdeckt und mit großem Hallo eingesammelt. Das spielt Schäuble einigen frischen Respekt in der Öffentlichkeit ein, die, wie gesagt, seinen missionarischen Eifer lange etwas distanziert beobachtet hat. Der Minister hat recht behalten mit seinen Warnungen, was er umso souveräner hinbekommen hat, als er seit einiger Zeit mehr wusste als seine Kritiker: „Er wusste aber im Gegensatz zu vielen seiner Kritiker seit Monaten, dass sich in einer Schwarzwald-Garage kanisterweise eine Dreivierteltonne Grundstoffe für Bomben stapelte ... Jetzt kann sich Schäuble für ein paar Tage des Rechtbehaltens freuen ... Deutschland wird in den kommenden Jahren weiter massiv in den Ausbau der Sicherheitsarchitektur investieren müssen.“ (FAZ, 8.9.) Und angesichts des Fahndungserfolges, der einen aber nicht in Sicherheit wiegen sollte – „von Entwarnung kann keine Rede sein!“ (FAZ, 7.9.) –, stehen die notorisch um die Grundrechte besorgten

## Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 unten

noch gemein, sondern einfach zu zahlreich. „80 Millionen Menschen können schwer ständig über alles notwendige diskutieren“. Du musst dich entscheiden: Entweder es braucht den Staat wegen der Vielzahl der Menschen, dann ist es völlig belanglos, ob sie informiert oder uninformatiert oder böse sind. Oder es braucht den Staat, weil die Menschen unheilige Interessen haben, dann ist es wieder gleichgültig, wie viele und wie gebildet sie sind. Nützliche Herrschaft und herrschaftsbedürftige Menschen – anders als mit solchen Widersprüchen ist offenbar die Rechtfertigung des Staates nicht zu haben. Womit wir deine Frage nach unseren „konstruktiven Ideen“ auch fast schon beantwortet hätten. Wenn die Rechtfertigungslehre des Staates in so ein Nest von Widersprüchen führt, dann spricht einiges dafür, es einmal mit der eingangs erwähnten Alternative zu probieren. Wenn hier demokratische Herrschaft angesagt ist, dann frage nach deren Grund. Vielleicht stößt du ja auf einen, der dennoch nicht für die Herrschaft spricht. Das wäre nicht verwunderlich. Schließlich ist Herrschaft ja kein sonderlich erfreulicher Tatbestand: Die einen setzen ihren Willen mit Gewalt durch, die anderen müssen parieren. Schlechte Sachen haben meist auch schlechte Gründe.

P.S.: Dass du den ersten Absatz unseres Artikels nicht verstehst, verstehen wir nicht. Hier wird ein Widerspruch aufgespießt: Die Demokratie behauptet, dass der Bürger durch die Wahl die Politik bestimmen kann – und was bestimmt er? Leute, die über ihn bestimmen. Wir haben nicht behauptet, Politologen würden das Faktum der Herrschaft verheimlichen. Nein, sie reden dauernd von der politischen Herrschaft, aber sie denken sie nicht.

## Sozialistische Gruppe

Erlangen-Nürnberg (SG)

c/o Sprecherrat, Turnstr. 7, Erlangen

www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.: V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

**DER MINDESTLOHN**

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

den neuen Postunternehmen, der Lohn *nicht einmal mehr ausgehandelt* wird. Dann ist nämlich der schöne Schein des „Prinzips“ ‚Tarifautonomie‘, wie wir ihn aus unseren Sozialkundefbüchern kennen, kaputt: Kapital und Arbeit setzen sich gemeinsam an einen Tisch, verhandeln, und alle bekommen mehr oder weniger ihren gerechten Anteil an gesellschaftlicher Teilhabe. *Darin* ist der gebildete Staatsbürger Esslinger so vernarrt, dass er es unmöglich findet, wenn sich einige Bourgeois wie die Eigentümer von PIN-Mail oder TNT so unanständig aufführen, dass sie ihren Beschäftigten umstandslos den Lohn diktieren:

„In solchen Branchen sind nur die wenigsten Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft – mit der Folge, dass die Bezahlung de facto oft nach einem Prinzip erfolgt, das kein Arbeitgeber je anprangern würde: dem des privaten Lohndiktats.“

Und dieses „Prinzip“, Lohn zu zahlen, sieht sehr schlecht aus, so schlecht, dass man sich echt Sorgen um die staatliche Ordnung machen muss:

„Solche Unternehmen sind dabei, die soziale Marktwirtschaft in eine reine Marktwirtschaft zu verwandeln, und es soll niemand glauben, das werde auf Dauer vonstatten gehen, ohne dass auch die demokratische Ordnung des Landes Schaden nimmt.“

Das sei der Elite der Nation von einem sozialkundlich gebildeten Journalisten mal gesagt: Denkt euch in die Millionen Hartz-IV-Aufstocker hinein und fragt euch, ob unsere Marktwirtschaft bei denen nicht ihren guten Ruf verlieren könnte, wenn euer Kapitalismus so aussieht! Lohnzahlung ohne Tarifritual – macht dann dieses ‚abgehängte Prekariat‘ überhaupt noch bei unserer demokratischen Ordnung mit? Oder stiftet es am Ende deswegen Unordnung? Dann schon lieber rechtzeitig einen demokratiefördernden Lohn in Höhe von 9,80 Euro, damit Briefträgern und anderen Geringstverdienern ihr gutes Gefühl nicht abhanden kommt, sie wären irgendwie auf Augenhöhe mit ihren Arbeitgebern:

„Mindestlöhne sind in diesen Branchen ein Instrument, um wieder Waffengleichheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herzustellen. Wem dazu nicht mehr einfällt als die Floskel vom ‚staatlichen Lohndiktat‘, der hat nicht verstanden, worum es in Wahrheit geht“

– um den besorgten Citoyen Esslinger nämlich, der um die loyalitätsstiftende Wirkung seines Fettschs ‚Tarifautonomie‘ bangt und Er-

satz im „staatlichen Lohndiktat“ findet. So gebildet kann man Lesern erklären, wofür ein Mindestlohn für Briefträger gut ist!

\*

Darüber kann die Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* nur den Kopf schütteln. In Frankfurt liest sich ‚Tarifautonomie‘ schon immer etwas anders. Dort verbindet man mit diesem Stück des bundesrepublikanischen Inventars eher die Freiheiten und Rechte der *Bourgeoisie*. Und die gerieten mit einer vom Staat verfügten unteren Lohngrenze sehr in Gefahr. In ihrem Kommentar „*Tarifpartner Staat*“ vom 20.9. präsentiert die FAZ dem Leser eine eindrucksvolle Liste von *Opfern* eines Post-Mindestlohns.

Erstens die *Unternehmer*:

„Die Tarifautonomie war einmal, von nun an redet der Staat in der Lohnfindung ein kräftiges Wort mit: Mit dem Kabinettschluss nimmt der Mindestlohnzug kräftig Fahrt auf, und es steht zu befürchten, dass Branche um Branche die von den Tarifparteien ausgehandelten untersten Lohngruppen vom Staat zum Standard erklärt werden, von dem kein Unternehmen mehr abweichen darf.“

Wer möchte da noch etwas unternehmen? Da nützen die Arbeitgeber ihre wohlverdiente unternehmerische Macht und schaffen ein Dutzend Lohngruppen nach unten, und dann kommt der Staat daher und sagt, dass man als Arbeitgeber von seiner untersten Lohngruppe nicht mehr nach unten abweichen darf? Gemein! Und das, wo sich die betroffenen Arbeitnehmer alles gefallen lassen!

Zweitens die *kapitalistische Konkurrenz*:

„Gerade die Auseinandersetzung um einen gesetzlichen Mindestlohn für den Briefträger zeigt, welche Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt bevorstehen. Denn hier spielt ein ehemaliges staatliches Monopolunternehmen seine beherrschende Stellung am Markt im Arbeitgeberverband aus, um mit der Gewerkschaft einen Mindestlohntarifvertrag auf europäischem Höchstniveau – neun Euro im Osten, 9,80 Euro im Westen – abzuschließen ... So raubt der Staat den Postkonkurrenten den wesentlichen Wettbewerbsvorteil geringerer Personalkosten. Im Endeffekt wird damit das zum Jahresende auslaufende Briefmonopol der Post verlängert.“

Monopol oder Kampf um ein Milliardengeschäft? Diese Frage geht jeden Bürger etwas an. Denn nichts ist marktwirtschaftlich vernünftiger, als dass von 2008 an drei oder vier Konzerne ihre Briefkästen aufstellen und in die Schlacht ums Geldverdienen beim Briefzustellen ziehen. Selbstverständlich müssen dann aber gerade die Newcomer in der neu ge-

macht dabei für die Beschützer des guten Volkes selbstverständlich vieles an Kontrolle und Eingriffen nötig, was früher undenkbar gewesen sein soll; dafür müssen die Beschützten dann aber auch Verständnis haben und sich nichts vormachen über den heute einfach nicht mehr möglichen luxuriösen Genuss ihrer Grundrechte. Die Zeiten sind vorbei! Weshalb die allgegenwärtigen, schnüffelnden und überwachenden Agenten der Terror-Prävention Unterstützung einfordern und das ihnen manchmal öffentlich entgegengehaltene Misstrauen zurückweisen.

Das leuchtet – im Ergebnis – dann sogar dem journalistischen Großweser der bedrohten Bürgerfreiheit in der SZ-Redaktion ein, auch wenn der die Warnung vor einem „Atom-Anschlag“ zunächst nur für einen Scoop hält, den Schäuble und weniger seriöse Kollegen zusammen ausgeheckt haben; der eine, um die Leute zu beeindrucken, die anderen, „Blattmacher“, die sie sind, der Auflage wegen:

„Wenn der Bundesinnenminister vor einem Atom-Anschlag warnt, jagt das vielen Menschen erst einmal einen gehörigen Schrecken ein. Solche Schlagzeilen sind ganz im Sinne von Blattmachern, die ihre Zeitung verkaufen wollen, aber auch im Sinne des Verursachers. Ist der Schrecken abgeklungen, weicht er der leisen Hoffnung, Wolfgang Schäuble habe die Bedrohungsspirale vielleicht nur eine Drehung weiterschraubt, so wie er in den zurückliegenden Monaten immer neue Gedankenspiele zum Thema Terrorismus angestellt hat. Auf diese Weise hat der Innenminister in der Vergangenheit immer wieder versucht, seine Forderungen nach schärferen Sicherheitsgesetzen auszudrücken... Wenn Schäubles jüngste Warnung aber das Bewusstsein dafür schärft, dass das Leben in einer freien Gesellschaft auch mit gewissen Risiken verbunden ist, und wenn sie die Bereitschaft fördert, mit diesem Risiko zu leben, dann hat sie ihr Gutes.“ (SZ, ebd.)

**Diskussionsveranstaltung der SG in Erlangen:****Intelligenz und Intelligenztheorie  
Wie intelligent ist die Intelligenztheorie?**

Zwei „Einsichten“ stehen felsenfest, wenn von Intelligenz die Rede ist: Erstens: Sie ist eine Sache, über die jeder mehr oder weniger verfügt und die er betätigt, wenn er geistige Leistungen jedweder Art zustande bringt. Zweitens: Diese Gabe zeichnet wesentlich verantwortlich dafür, was aus einem Menschen in unserer Gesellschaft wird. Keine bahnbrechenden Errungenschaften der Intelligenzija, sondern Volksweisheiten, die heutzutage sogar als Unterhaltungsgegenstand dargeboten werden: „Wie schlau ist Deutschland?“ fragt Johannes B. Kerner zur besten Sendezeit. Sicherlich: dass alle Erfolgreichen Intelligenzbestien und die, die die unteren Ränge der Berufs- und Einkommenshierarchie füllen, lauter geistig Minderbemittelte seien, sich gar ganze Nationen nach diesem Kriterium sortieren, so will niemand die Gleichung von Intelligenz und Erfolg verstanden wissen. Aber selbst die Witze, die hier zu kursieren und die sich bei der sog. Intelligenz weniger um Blondinen, eher um Politik(er) drehen: gestern um den US-Präsidenten, der angeblich nur von einem Amtsinhaber an fehlender Intelligenz übertroffen worden sein soll, nämlich von seinem eigenen Vater, heute um die rhetorische Brillanz eines Edmund Stoiber, künden von der Gewissheit, dass sich eigentlich das Gegenteil gehöre, nämlich Erfolg und Intelligenz Hand in Hand gehen müssten.

Von diesen verkehrten Volksweisheiten lebt schon die ganze „Überzeugungskraft“ psychologischer Intelligenztheorien. Dies soll nachgewiesen werden am

**Mittwoch, 23. Januar 2008, 20.00 Uhr  
Turnstraße 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen**

**Diskussionstermin in Nürnberg: regelmäßig dienstags, 20 Uhr,  
Desi, Brückenstraße 23, Themen siehe: [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)**

schaffenen Geschäftssphäre auch alle Waffen der Konkurrenz haben, und eine unverzichtbare ist in dieser arbeitsintensiven Branche eben die Unterbietung des Lohnniveaus des Ex-Monopolisten bei der eigenen Belegschaft. Aber wie sollen Springer und Co. da ihren Kapitalvorschluss von mehreren hundert Millionen verwerten, wenn sie den eigenen Beschäftigten glatt einen Lohn „auf europäischem Höchstniveau“ um das Existenzminimum herum zahlen müssen? Wer übrigens immer noch glaubt, das wären nur die Geschäftsaffären der höheren Art von drei mächtigen Konzernen, vergisst einen weiteren Geschädigten. Drittens der *Verbraucher*:

„Die Zeche zahlen die Verbraucher durch höheres Porto.“

Von zehn Cent für den Standardbrief ist die Rede – das haut rein in den Verbraucherhaushalten mit ihren Massensendungen!

Viertens die *Wirtschaft überhaupt*:

„... ‚zehn Cent mehr für den Brief‘ hält der SPD-Vorsitzende Beck im Interesse auskömmlicher Löhne für gerechtfertigt. Die wahren Kosten des Mindestlohns werden mit solchen Zahlenspielen dema-

gogisch verniedlicht. Niemand beziffert die Arbeitsplatzverluste, die sich durch Wettbewerbsverzerrung nicht nur bei den Postkonkurrenten, sondern quer durch die Wirtschaft ergeben. Schließlich fehlt das Geld, das die Kunden zur Subventionierung höherer Postlöhne aufbringen müssen, an anderer Stelle.“

Wenn für Deutschlands Unternehmer erst einmal das Porto billiger wird, dann wird aber Kapital freigesetzt! Dann werden Arbeitsplätze gestiftet, dass es kracht. Aber so, wenn die Konkurrenz um die Briefe nicht in Gang kommt und das Geld der deutschen Wirtschaft für die Portokasse draufgeht, gehen die schönen Arbeitsplätze alle wieder verloren.

Damit hat auch die FAZ fünftens und schlussendlich die *abhängig beschäftigten Bürger unterer Qualifikation* als Opfer eines Mindestlohns entdeckt:

„Das Schutzversprechen des Mindestlohns ist hohl, denn er verschlechtert die Perspektiven gering Qualifizierter auf einen Arbeitsplatz. Ihre Interessen werden mit der Mindestlohnpolitik der großen Koalition erheblich verletzt.“

Aber das hatten wir ja schon, bei der Bild ...

**DIE ZIVILGESELLSCHAFT...**

Fortsetzung von Seite 3, Spalte 4 Mitte

Kritiker von Schäubles Überwachungswesen, einschließlich des Bundesverfassungsgerichtes mit seiner Rechtsprechung zur „informationellen Selbstbestimmung“, jetzt selbst vermehrt in der Kritik: „Sollte Deutschland wirklich damit für sich werben, das *Computerheimnis* sei ihm heilig, auch das von *Terroristen*“, in Zeiten, in denen man es mit einer islamistischen „Hydra“ zu tun hat, der „ständig neue Köpfe und Tentakeln wachsen?“ (FAZ, ebd.)

\*

Weil er gerade einen Lauf hat, setzt Schäuble nach und weist das Publikum darauf hin, dass den Feinden der Zivilisation noch ganz andere Kampfmittel zu Gebote stehen als nur hochexplosives Haarbleichmittel. Und wie es sich für einen Befehlshaber im Zustand der gesellschaftlichen Mobilisierung gegen die allgegenwärtige terroristische Bedrohung gehört, den Schäuble zum neuen Normalzustand des abwehrbereiten Gemeinwesens ausrufen will, gibt er gleich noch Empfehlungen zur Stimmung in der Truppe aus:

„Bundesinnenminister Schäuble hat vor einem Terroranschlag mit nuklearem Material gewarnt. Viele Fachleute sind inzwischen überzeugt, dass es nur darum geht, wann solch ein Anschlag kommt, nicht mehr, ob ... Es hat keinen Zweck, dass wir uns die verbleibende Zeit auch noch verderben, weil wir uns schon vorher in Weltuntergangsstimmung versetzen.“ (SZ, 17.9.)

Die Leute sollen heiter und gelassen ihren Pflichten nachgehen angesichts des Unvermeidlichen und ihre Schäubles das Menschenmögliche zur Vermeidung des Allerschlimmsten versuchen lassen. Die Größe der Gefahr

Ja wenn's der Risikobereitschaft der Bürger im Antiterrorkrieg dient! Und der krisenbewussten Einsicht, dass spätestens in den Zeiten nach 9/11 für den einzelnen Bürger der Genuss von Demokratie und Kapitalismus nur um den Preis der gelegentlich lebensgefährlichen Feindschaft zu haben ist, die seine freie Gesellschaft in der Welt offenbar unvermeidlich auf sich zieht: Dann haben die Horrorszenarien des Ministers doch auch ihre Verdienste; so ist eben – das müssen auch seine Kritiker in den freiheitlich gesinnten Redaktionen anerkennen – auch dieser Schäuble, gegen den die Prantls der Republik schon so oft die Grundrechte hochhalten mussten, ein Teil von jener Kraft, die so oft das äußerst Problematische will und doch das Gute schafft.

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 4-07

Weitere Artikel zum Themenkreis Innere Sicherheit finden sich in vorherigen Ausgaben des GEGENSTANDPUNKT:

**Nach den missglückten Attentaten der Kofferbomber:  
Innenminister Schäuble erläutert die Gefährdungslage**  
in: Heft 4-06

**Schäuble und der technische Fortschritt machen Deutschland immer sicherer  
Was ist los? Eigentlich nichts!**  
in: Heft 2-07

**Terrorgefahr in Deutschland – eine Produktivkraft für den Rechtsstaat  
Not braucht viel Gebot**  
in: Heft 3-07

**Die wöchentlichen Analysen des GEGENSTANDPUNKT in Radio Lora können nachgelesen werden unter:**  
[www.gegenstandpunkt/radio/gsradiotext.htm](http://www.gegenstandpunkt/radio/gsradiotext.htm)

**GEGENSTANDPUNKT 4-07**

Politische Vierteljahresschrift

Nichts als Schwierigkeiten mit dem fiktiven Kapital...

**Die sogenannte US-Hypothekenkrise.**

**Ein Nachtrag**

Weltlage 2007

**Die Realität einer multipolaren Weltordnung**

Türkischer Militäraufmarsch an der irakischen Grenze

**Eine Regionalmacht fordert Respekt**

„Frieden für Darfur“

**Ein Nebenkriegsschauplatz der amerikanischen Weltordnung**

\*

Zeitgeist im deutschen Herbst 2007 ·

Unsere Bundeskanzlerin in China: Chapeau! Die Öffentlichkeit versteht allmählich ihren Schäuble besser: Die Zivilgesellschaft – zu zivil für den Antiterrorkrieg?

Eine Neue beim Politalk am Sonntagabend Der Mindestlohn – Fluch oder Segen?

Was die Franzosen am dringendsten brauchen? Die deutsche Agenda 2010!

Kouchner droht mit Krieg gegen den Iran – die deutsche Presse verteilt Noten

u.a.

ISSN 0941-5831 144 Seiten € 15.–

**Im Buchhandel erhältlich**

Edelmann, Fürther Freiheit 2a, Fürth  
Ex Libris, Bismarckstraße 9, Erlangen  
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspatz 8, Nürnberg  
Hugendubel, Ludwigsplatz 1, Nürnberg  
Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Straße 38, Nürnberg

oder: Gegenstandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München, Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05

E-Mail: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)